



043480/EU XXIV.GP
Eingelangt am 21/12/10

RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION

DE

16572/10

(OR. en)

PRESSE 306
PR CO 37

MITTEILUNG AN DIE PRESSE

3047. Tagung des Rates

Allgemeine Angelegenheiten

Brüssel, den 22. November 2010

Präsident

Steven Vanackere

Vizepremierminister und Minister der Auswärtigen
Angelegenheiten und der institutionellen Reformen

(Belgien)

P R E S S E

Rue de la Loi 175 B – 1048 BRÜSSEL Tel.: +32 (0)2 281 6083 / 6319 Fax: +32 (0)2 281 8026
press.office@consilium.europa.eu <http://www.consilium.europa.eu/Newsroom>

16572/10

1

DE

Wichtigste Ergebnisse der Ratstagung

Der Rat erörterte die Vorbereitungen für die Tagung des **Europäischen Rates** im Dezember und verschaffte sich einen Überblick über die laufende Arbeit über im Oktober erörterte Fragen.

Er erließ einen Beschluss, mit dem Deutschland, Italien, Österreich und das Vereinigte Königreich zur Umkehrung der Mehrwertsteuerschuldnerschaft bei Lieferungen von Mobilfunkgeräten und integrierten Schaltkreisen ermächtigt werden, um ihnen eine bessere **Bekämpfung des Mehrwertsteuerbetrugs** zu ermöglichen.

INHALT¹

TEILNEHMER	4
-------------------------	----------

ERÖRTERTE PUNKTE

MASSNAHMEN IM ANSCHLUSS AN DIE OKTOBER-TAGUNG DES EUROPÄISCHEN RATES.....	6
VORBEREITUNG DER TAGUNG DES EUROPÄISCHEN RATES IM DEZEMBER.....	7
EINSATZ VON INFORMATIONSTECHNOLOGIEN IM RAT	8
ARBEITSPROGRAMM DER KOMMISSION FÜR 2011	9
EUROPÄISCHE KATASTROPHENABWEHR	10
SONSTIGES	11
Gemeinsames Verzeichnis von Lobbyisten	11

SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE

WIRTSCHAFT UND FINANZEN

– MwSt-Betrug – Mobilfunkgeräte und elektronische Geräte.....	12
---	----

HAUSHALT

– Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der EU zugunsten Irlands	12
--	----

ERNENNUNGEN

– Europäisches Amt für Betrugbekämpfung.....	13
– Wirtschafts- und Sozialausschuss.....	13
– Ausschuss der Regionen.....	13

¹ • Sofern Erklärungen, Schlussfolgerungen oder Entschlüsse vom Rat förmlich angenommen wurden, ist dies in der Überschrift des jeweiligen Punktes angegeben und der Text in Anführungszeichen gesetzt.
 • Dokumente, bei denen die Dokumentennummer im Text angegeben ist, können auf der Website des Rates <http://www.consilium.europa.eu> eingesehen werden.
 • Rechtsakte, zu denen der Öffentlichkeit zugängliche Erklärungen für das Ratsprotokoll vorliegen, sind durch * gekennzeichnet; diese Erklärungen können auf der genannten Website des Rates abgerufen werden oder sind beim Pressedienst erhältlich.

TEILNEHMER

Belgien:

Steven VANACKERE

Vizepremierminister und Minister der Auswärtigen Angelegenheiten und der institutionellen Reformen

Bulgarien:

Nickolay MLADENOV

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Tschechische Republik:

Karel SCHWARZENBERG

Stellvertretender Ministerpräsident und Minister für auswärtige Angelegenheiten

Dänemark:

Lene ESPERSEN

Ministerin für auswärtige Angelegenheiten

Deutschland:

Werner HOYER

Staatsminister, Auswärtiges Amt

Estland:

Urmas PAET

Raul MÄLK

Minister für auswärtige Angelegenheiten
Ständiger Vertreter

Irland:

Micheál MARTIN

Dick ROCHE

Minister für auswärtige Angelegenheiten
Minister für europäische Angelegenheiten

Griechenland:

Dimitrios DROUTSAS

Marilisa XENOGIANNAKOPOULOU

Minister für auswärtige Angelegenheiten
Stellvertretende Ministerin für auswärtige Angelegenheiten

Spanien:

Trinidad JIMENEZ

Diego LÓPEZ GARRIDO

Ministerin für auswärtige Angelegenheiten
Staatssekretär für die Europäische Union

Frankreich:

Laurent WAUQUIEZ

Staatssekretär mit Zuständigkeit für Europäische Angelegenheiten

Italien:

Alfredo MANTICA

Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten

Zypern:

Markos KYPRIANOU

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Lettland:

Girts Valdis KRISTOVSKIS

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Litauen:

Egidijus MEILUNAS

Stellvertretender Minister für auswärtige Angelegenheiten

Luxemburg:

Jean ASSELBORN

Vizepremierminister, Minister für auswärtige Angelegenheiten und Einwanderung

Ungarn:

János MARTONYI

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Malta:

Tonio BORG

Stellvertretender Premierminister und Minister für auswärtige Angelegenheiten

Niederlande:

Tom DE BRUIJN

Ständiger Vertreter

Österreich:

Michael SPINDELECKER

Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten

Polen:

Mikołaj DOWGIELEWICZ

Staatssekretär für europäische Angelegenheiten

Portugal:

Pedro LOURTIE

Staatssekretär für europäische Angelegenheiten

Rumänien:

Teodor BACONSCHI

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Slowenien:

Andreja JERINA

Staatssekretärin für auswärtige Angelegenheiten und
Entwicklung

Slowakei:

Milan JEŽOVICA

Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten

Finnland:

Astrid THORS

Ministerin für Einwanderung und europäische
Angelegenheiten

Schweden:

Birgitta OHLSSON

Ministerin für europäische Angelegenheiten

Vereinigtes Königreich:

David LIDINGTON

Staatsminister für Europafragen

Kommission:

Maroš ŠEFČOVIČ

Kristalina GEORGIEVA

Vizepräsident

Mitglied

Generalsekretariat

Pierre de BOISSIEU

Generalsekretär

ERÖRTERTE PUNKTE

MASSNAHMEN IM ANSCHLUSS AN DIE OKTOBER-TAGUNG DES EUROPÄISCHEN RATES

Der Rat hat Kenntnis von einem Vermerk des Vorsitzes genommen, in dem dieser darlegt, welche Folgemaßnahmen zur Tagung des Europäischen Rates vom 28. und 29. Oktober 2010 er ins Auge fasst (*Dok. [16204/10](#)*).

VORBEREITUNG DER TAGUNG DES EUROPÄISCHEN RATES IM DEZEMBER

Der Rat hat den Entwurf einer erläuterten Tagesordnung für die Tagung des Europäischen Rates am 16. und 17. Dezember 2010 (*Dok. 12345/10*) geprüft.

Der Europäische Rat hat anknüpfend an die Schlussfolgerungen seiner Oktobertagung eine Entscheidung über die Grundzüge eines ständigen Krisenmechanismus zur Wahrung der Finanzmarktstabilität im gesamten Euro-Währungsgebiet sowie über eine begrenzte Änderung der EU-Verträge zu treffen, die für die Einrichtung dieses Mechanismus erforderlich ist. Er wird sich überdies einen Überblick über die Fortschritte bei den Gesetzgebungsvorschlägen zur Ausgestaltung der Bestimmungen über die wirtschaftspolitische Steuerung der EU verschaffen.

Ferner wird der Europäische Rat in Anknüpfung an die Schlussfolgerungen seiner Septembertagung über die Arbeiten zur Bewertung der Beziehungen der Europäischen Union zu ihren strategischen Partnern beraten.

Der Rat wird auf seiner Tagung am 13. Dezember 2010 weitere Beratungen auf der Grundlage eines Entwurfs von Schlussfolgerungen des Europäischen Rates führen.

EINSATZ VON INFORMATIONSTECHNOLOGIEN IM RAT

Der Rat hat Kenntnis von der Arbeiten genommen, in deren Rahmen festgestellt werden soll, ob in größerem Umfang im Rat Informationstechnologien, insbesondere Video- und Audiokonferenzen, zum Einsatz gelangen können.

Angesichts der Störungen des Luftverkehrs, die die Vulkanaschewolke über Europa im April verursacht hatte, war das Generalsekretariat des Rates damals gebeten worden, die Möglichkeiten für den Einsatz neuer Technologien für die Fälle zu prüfen, in denen Delegationen nicht zu Ratstagungen anreisen können. Zudem hat der Vorsitz einen Entwurf eines Verhaltenskodex für die Durchführung von Video- und Audiokonferenzen im Rat ausgearbeitet.

In Bezug auf Videokonferenzen ist der Rat übereingekommen, das derzeitige System des Rates aufzurüsten, so dass es in naher Zukunft möglich sein sollte, diese Ratstagungen mit Teilnehmern aus allen Mitgliedstaaten abzuhalten.

ARBEITSPROGRAMM DER KOMMISSION FÜR 2011

Der Rat hat die Erläuterungen der Kommission zu ihrem Arbeitsprogramm für 2011 zur Kenntnis genommen (*Dok. 15772/10 + ADD 1*).

EUROPÄISCHE KATASTROPHENABWEHR

Der Rat hat die Vorstellung einer Mitteilung mit dem Titel "*Auf dem Weg zu einer verstärkten europäischen Katastrophenschutz: die Rolle von Katastrophenschutz und humanitärer Hilfe*" durch die Kommission zur Kenntnis genommen (Dok. 15614/10 + ADD 1).

Er führte einen Gedankenaustausch und ersuchte den Ausschuss der Ständigen Vertreter, hierzu Schlussfolgerungen zu erstellen, damit sie auf der Tagung des Rates am 13. Dezember 2010 angenommen werden können.

SONSTIGES

Gemeinsames Verzeichnis von Lobbyisten

Der Rat ist von der Kommission über die Entwicklungen bezüglich eines gemeinsamen Verzeichnisses von Interessenvertretern (Lobbyisten) unterrichtet worden, das die Kommission und das Europäische Parlament derzeit erstellen und das voraussichtlich 2011 zur Verfügung stehen wird.

Die Kommission ersuchte den Rat erneut, sich dieser Initiative anzuschließen.

SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE

WIRTSCHAFT UND FINANZEN

MwSt-Betrug – Mobilfunkgeräte und elektronische Geräte

Der Rat erließ einen Beschluss, der bestimmten Mitgliedstaaten eine bessere Betrugsbekämpfung hinsichtlich der Entrichtung der Mehrwertsteuer (MwSt) auf Mobilfunkgeräte und integrierte Schaltkreise sowie deren Bauteile ermöglichen soll.

Mit dem Beschluss werden Deutschland, Italien und Österreich zur fakultativen und zeitweiligen Umkehrung der Mehrwertsteuerschuldnerschaft bei inländischen Lieferungen der genannten Produkte ermächtigt. Ferner wird damit die Geltungsdauer einer bestehenden Ermächtigung des Vereinigten Königreichs verlängert.

Damit sollen bestimmte Formen des Steuerbetrugs, insbesondere der sogenannte Karussellbetrug, verhindert werden, bei dem Gegenstände mehrmals von verschiedenen Lieferern umgesetzt werden, ohne dass Mehrwertsteuer an die Steuerbehörden entrichtet wird. Der Beschluss gestattet es dank der Anwendung des Grundsatzes der Umkehrung der Steuerschuldnerschaft ("Reverse-Charge-Verfahren"), dass die Mehrwertsteuerschuld für die genannten Produkte in allen vier Ländern bis zum 31. Dezember 2013 vom Lieferer (wie üblicherweise im EU-Recht vorgeschrieben) auf den Kunden verlagert wird.

HAUSHALT

Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der EU zugunsten Irlands

Der Rat legte seinen Standpunkt zum Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 8 für das Haushaltsjahr 2010 fest, wobei er dem Kommissionsvorschlag zustimmte, wonach im Anschluss an die starken Überschwemmungen, von denen Irland im November 2009 heimgesucht wurde, ein Betrag von 13 Mio. EUR aus dem EU-Solidaritätsfonds zugunsten dieses Landes bereitgestellt werden soll.

ERNENNUNGEN

Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung

Der Rat billigte den Text eines Schreibens an die Kommission, in dem er seine Präferenzen für zwei der sechs von der Kommission in eine Liste aufgenommenen Bewerber für den Posten des Direktors des Europäischen Amts für Betrugsbekämpfung (OLAF) darlegt.

Gemäß der Verordnung 1073/99 wird der Direktor von OLAF nach Abstimmung mit dem Rat und dem Europäischen Parlament von der Kommission ernannt.

Wirtschafts- und Sozialausschuss

Der Rat ernannte Herrn Alberto NADAL BELDA (Spanien) für die verbleibende Amtszeit, d.h. bis zum 20. September 2015, zum Mitglied des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses ([14249/10](#)).

Ausschuss der Regionen

Der Rat ernannte Herrn Markus LINHART (Österreich) für die verbleibende Amtszeit, d.h. bis zum 25. Januar 2015, zum Mitglied des Ausschusses der Regionen ([14090/10](#)).
